

Es gibt immer mehr Bürgerinitiativen

In nur 18 Monaten sind in Herne vier Gruppen ins Leben gerufen worden.
Klage über Vertrauensverlust von Politik und Behörden

Von Lars-Oliver Christoph

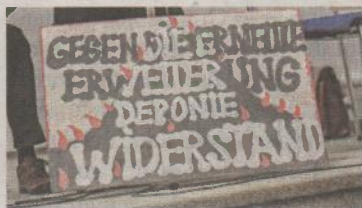
„Mit Grün. Mit Wasser. Mitten-drin.“ lautet der offizielle Herner Stadtlogan. Wenn sich eine aktuelle Entwicklung fortsetzen würde, wäre noch ein viertes Element denkbar: „Mit Bürgerinitiativen“. Nicht weniger als vier Bewegungen sind in den vergangenen 18 Monaten von Hernern gegründet worden. Ist das Zufall oder steckt mehr dahinter? Darüber gehen die Meinungen auseinander.



„Ich finde es erst einmal gut, wenn Bürger aktiv werden.“

Jürgen Scharmacher, SPD, Bürgerbeauftragter der Stadt

Diese vier Bürgerinitiativen (BI) sind seit März 2017 ins Leben gerufen worden: die BI Horststadion zur Existenzsicherung der Sportanlage in Holsterhausen, die BI Dicke Luft im Dezember 2017 gegen die Erweiterung der Giftmüllverbrennungsanlage Suez sowie in den vergangenen Wochen die BI Uns Stinkt's gegen den Ausbau der Zentraldeponie Emscherbruch und die BI Else-Drenseck-Seniorenzentrum gegen die konkreten Awo-Pläne zum Neubau eines Altenheims und einer Kita in Börnig.



Ende September gründet sich eine BI gegen die Zentraldeponie. FOTO: SH

In allen Initiativen sind auch Politiker vertreten, doch „normale“ Bürger sind klar in der Mehrzahl.

Klaudia Scholz (63) ist aktiv in den beiden Umweltschutz-BIs Dicke Luft und Uns stinkt's. „Das Vertrauen in Politik und die Behörden geht zunehmend verloren“, sagte die parteilose Stadtverordnete, die für die Linke im Rat sitzt. Sie könne das durchaus nachvollziehen und verweist auf das Beispiel Suez: „Man kann nur staunen, was die Bezirksregierung in all den Jahren genehmigt hat.“

Populisten nicht das Feld überlassen

Es sei grundsätzlich positiv, so Scholz, wenn Bürger sagten: „Wir überlassen das nicht der Politik, sondern müssen das selbst in die Hand nehmen.“ Dieser Meinung ist auch Rolf Bremer, Sprecher der mit 245 Mitgliedern zurzeit größten Herner BI Horststadion. Und: Das Engagement von Initiativen führe doch dazu, dass Populisten nicht das Feld überlassen werde, so der frühere Stadtmitarbeiter.

Pascal Krüger ist wie Klaudia Scholz in Doppelfunktion unterwegs: Der 32-jährige ist sowohl



In Holsterhausen kämpfen Bürger seit März 2017 fürs Horststadion. FOTO: RB

Ratsherr und Vorsitzender der Grünen als auch Mitglied im Koordinierungskreis der BI Dicke Luft. Den Herner Trend zur BI führt er vor allem auf inhaltliche Aspekte zurück. „Es sind zuletzt mehrere Themen aufgeflammt“, so Krüger. Und: Erfolg von Initiativen ermutigten Bürger dazu, selbst eine BI zu gründen. Wie Scholz sieht er in den Herner Initiativen eher ein Miteinander von Politikern und Bürgern als ein Gegeneinander.

Der vom Rat gewählte Bürgerbe-

auftragte Jürgen Scharmacher (SPD) hat eine andere Theorie: Er führt die Gründung von Bürgerinitiativen nicht zuletzt auf „den zunehmenden Bedeutungsverlust von Parteien“ zurück. Das sei schade für die Parteien. Aber: „Ich finde es erst einmal gut, wenn Bürger aktiv werden und Interesse an ihrem Umfeld zeigen.“

Bürgerausschuss fällt zweimal aus

Und wie fällt Scharmachers persönliche Bilanz aus? Die Zahl der Anmeldungen für seine Sprechstunde lägen konstant bei rund 200 im Jahr, sagt er. 2016 habe es einen Ausreißer nach oben gegeben.

Die jüngste Bilanz des Rats-Ausschusses für Bürgereingaben sind dagegen eher ernüchternd: Von den letzten drei Sitzungen mussten zwei abgesagt werden, weil keine Eingaben von Bürgern vorlagen.

KOMMENTAR

Von Lars-Oliver Christoph

Stärkung der Demokratie



Sind die Gründungen von Bürgerinitiativen auf eine Entfremdung gegenüber Behörden und Parteien oder auf das Erwachen eines bürgerschaftlichen Widerstandsgeistes zurückzuführen? Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Zu begrüßen ist der Herner Trend aber allemal - stärkt er doch das gesellschaftliche Miteinander und die von Rechtsextremen zu-

nehmend unter Beschuss genommene Demokratie. Die Parteien wären gut beraten, sich offen und konstruktiv mit den Anliegen der Initiativen auseinanderzusetzen, damit der Vertrauensverlust nicht größer wird. Und Behörden sollten Spielräume nutzen, um Interessen von Bürgern zu schützen - und nicht die von Firmen und Lobby-Gruppen.